

Dipl.-Ökonom Christian Meißner, Dipl.-Volkswirtin Renate Schulze-Steikow, Dipl.-Ökonom Olaf Seese

# Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts im ersten Halbjahr 2013

Im ersten Halbjahr 2013 wurde für die Kern- und Extrahaushalte des öffentlichen Gesamthaushalts ein kassenmäßiges Finanzierungsdefizit – in Abgrenzung der Finanzstatistiken – von 19,3 Milliarden Euro errechnet. Das Finanzierungsdefizit war damit um 1,9 Milliarden Euro höher als im ersten Halbjahr 2012. Der folgende Beitrag analysiert und kommentiert die für diese Entwicklung beim Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts maßgeblichen Veränderungen bei den Einnahmen- und Ausgabenströmen differenziert nach Ebenen – jeweils im Vergleich zum ersten Halbjahr 2012. Grundlage hierfür sind die Ergebnisse der Statistik der vierteljährlichen Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts für das erste Halbjahr 2013 sowie für den Vorjahresvergleich die revidierten Kassenergebnisse für das erste Halbjahr 2012.

## Vierteljährliche Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts

Die Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik des öffentlichen Gesamthaushalts, der aktuellsten Statistik im Bereich der öffentlichen Finanzen, basieren auf vierteljährlichen Kassenabschlüssen.<sup>1</sup> Maßgeblich ist die Kassenwirksamkeit einer Ausgabe beziehungsweise Einnahme innerhalb des Berichtszeitraums. Der Berichtskreis der vier-

teljährlichen Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts umfasst im ersten Halbjahr 2013 die Kern- und Extrahaushalte des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände und der Sozialversicherung sowie die Finanzanteile der Europäischen Union (EU-Anteile). Methodische Grundlage für die Abgrenzung des öffentlichen Gesamthaushalts ist das Modell des Schalenkonzepts. Vierteljährlich zurzeit noch nicht berichtspflichtig sind die kommunalen Zweckverbände, die – soweit sie zum Sektor Staat gehören – prinzipiell ebenfalls zu den Extrahaushalten zählen. Die für die vierteljährliche Erhebung dieser Daten notwendige gesetzliche Grundlage tritt mit der Neuregelung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes (FPStatG) am 1. Dezember 2013 in Kraft.<sup>2</sup>

Dargestellt wird die konsolidierte Summe der Einnahmen und Ausgaben der Kern- und Extrahaushalte des öffentlichen Gesamthaushalts. In jüngster Zeit rückte der Wunsch nach separater Darstellung der Zahlungsströme der Kernhaushalte und der Extrahaushalte in den Vordergrund. Im vorliegenden Bericht steht die Gesamtbetrachtung der Einnahmen- und Ausgabenentwicklung der Körperschaften des öffentlichen Gesamthaushalts im Fokus. Die separate Darstellung der Ausgaben, Einnahmen und der Finanzierungssalden der Kernhaushalte ist der detaillierten Fachveröffentlichung der vierteljährlichen Kassenergebnisse<sup>3</sup> vorbehalten.

Der Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts in Abgrenzung der Finanzstatistiken ist der Saldo der berei-

1 Ausführliche methodische Hinweise siehe Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 2 „Vierteljährliche Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts“ (Qualitätsbericht sowie Erläuterungen zu den Tabellen), Meißner, C./Seese, O./Schulze-Steikow, R.: „Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts im ersten Halbjahr 2012“ in WiSta 10/2012, Seite 872 ff., sowie Meißner, C./Schulze-Steikow, R./Seese, O.: „Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts im Jahr 2012“ in WiSta 5/2013, Seite 366 ff.

2 Gesetz zur Änderung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes vom 22. Mai 2013 (BGBl. I Seite 1312 ff.).

3 Siehe Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 2 „Vierteljährliche Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts, 1.-2. Vierteljahr 2013“.

nigten Ausgaben und Einnahmen zuzüglich des Saldos der haushaltstechnischen Verrechnungen. Der Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts in Abgrenzung der Finanzstatistiken ist aufgrund methodischer Unterschiede nicht identisch mit dem Finanzierungssaldo des Staates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.<sup>4</sup>

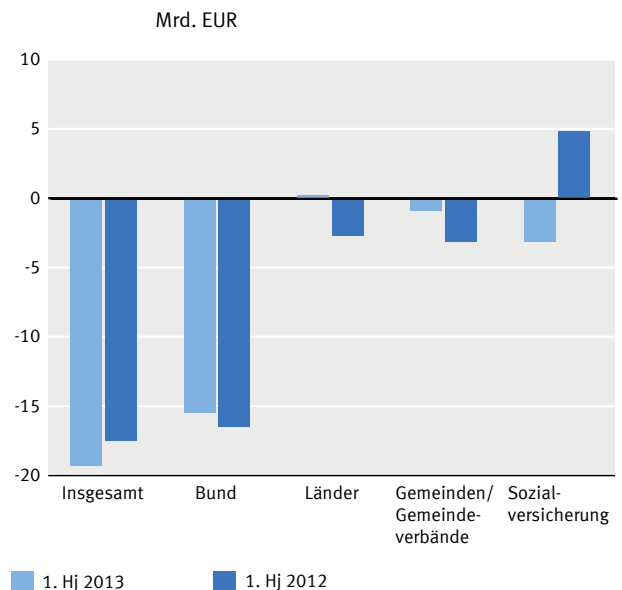
Die vierteljährlichen Kassenergebnisse entsprechen sachlich und systematisch dem Stand des jeweiligen Berichtsjahres. Um Entwicklungen aufzeigen zu können, wurden die Vierteljahresdaten für das erste Halbjahr 2012 methodisch an den aktuellen Stand angepasst. Bereits veröffentlichte Daten für diesen Berichtszeitraum werden damit revidiert.

### Öffentlicher Gesamthaushalt

Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Veränderung der Ausgaben, Einnahmen und des Finanzierungssaldos des öffentlichen Gesamthaushalts im ersten Halbjahr 2013 gegenüber dem ersten Halbjahr 2012.<sup>5</sup> In diesem Zeitraum stiegen die Ausgaben der Kern- und Extrahaushalte des öffentlichen Gesamthaushalts um 3,6% auf 599,5 Milliarden Euro. Die Einnahmen erhöhten sich um 3,3% auf 580,1 Milliarden Euro. Aus der Differenz errechnet sich unter Berücksichtigung der haushaltstechnischen Verrechnungen für das erste Halbjahr 2013 ein kassenmäßiges Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushalts – in Abgrenzung der Finanzstatistiken – in Höhe von 19,3 Milliarden Euro. Das Finanzierungsdefizit war damit um 1,9 Milliarden Euro größer als im ersten Halbjahr 2012.

Beim Bund verringerte sich das Finanzierungsdefizit im ersten Halbjahr 2013 gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres um 0,9 Milliarden Euro auf 15,5 Milliarden Euro. Das Defizit der Gemeinden und Gemeindeverbände reduzierte sich um 2,2 Milliarden Euro auf 0,9 Milliarden Euro. Für die Länder errechnete sich im ersten Halbjahr 2013 ein Finanzierungsüberschuss von knapp 0,2 Milliarden Euro – im vergleichbaren Vorjahreszeitraum hatten sie noch ein Defizit von 2,7 Milliarden Euro verzeichnet. Bei der Sozial-

Schaubild 1 Finanzierungssalden des öffentlichen Gesamthaushalts nach Ebenen



2012 revidierte Ergebnisse. 2013 - 01 - 0915

versicherung standen in den ersten sechs Monaten des Jahres 2013 um 3,2% auf 265,7 Milliarden Euro gestiegene Ausgaben einem geringen Einnahmewachstum um 0,2% auf 262,6 Milliarden Euro gegenüber. Hieraus resultierte ein Finanzierungsdefizit der Sozialversicherung in Höhe von 3,1 Milliarden Euro – in den ersten sechs Monaten des Jahres 2012 hatte sie noch einen Finanzierungsüberschuss von 4,8 Milliarden Euro aufgewiesen.

Tabelle 2 auf Seite 740 zeigt die Veränderung der Ausgaben- und Einnahmenarten der Kern- und Extrahaushalte des öffentlichen Gesamthaushalts im ersten Halbjahr 2013 gegenüber dem Vorjahreshalbjahr. Zu dem Zuwachs bei den öffentlichen Ausgaben um 3,6% trugen unter anderem gestiegene Ausgaben für das Personal im öffentlichen Dienst (+3,1%), für den laufenden Sachaufwand (+3,8%) und für soziale Leistungen (+2,7%) bei. Die Ausgaben für den Beteiligungserwerb stiegen um 5,1 Milliarden Euro auf 7,4 Milliarden Euro – vor allem aufgrund der Beteiligung des Bundes am Grundkapital des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Dagegen waren die Ausgaben für Zin-

4 Siehe hierzu die Informationen im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) im Bereich Zahlen & Fakten > Gesamtwirtschaft & Umwelt > Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen > EU-Stabilitätspakt > Tabellen > Vergleich der Finanzierungssalden 2011 > Erläuterungen zum Vergleich der Finanzierungssalden.  
5 Siehe auch die Statistischen Monatszahlen für den Bereich Finanzen und Steuern im Tabellenteil dieser Zeitschrift auf Seite 66\* ff.

Tabelle 1 Eckwerte des öffentlichen Gesamthaushalts Kern- und Extrahaushalte

	Bereinigte Ausgaben			Bereinigte Einnahmen			Finanzierungssaldo <sup>1</sup>		
	1. Hj 2013	1. Hj 2012 <sup>2</sup>	Veränderung	1. Hj 2013	1. Hj 2012 <sup>2</sup>	Veränderung	1. Hj 2013	1. Hj 2012 <sup>2</sup>	Veränderung
	Mill. EUR		%	Mill. EUR		%	Mill. EUR		
Insgesamt .....	599 519	578 817	+ 3,6	580 139	561 354	+ 3,3	- 19 343	- 17 451	- 1 892
Bund .....	173 803	171 798	+ 1,2	158 225	155 282	+ 1,9	- 15 541	- 16 475	+ 934
EU-Anteile .....	17 486	14 936	+ 17,1	17 486	14 936	+ 17,1	0	0	-
Länder .....	161 355	156 205	+ 3,3	161 512	153 548	+ 5,2	+ 177	- 2 651	+ 2 828
Gemeinden/Gemeindeverbände .....	94 770	91 547	+ 3,5	93 842	88 398	+ 6,2	- 928	- 3 149	+ 2 221
Sozialversicherung .....	265 653	257 317	+ 3,2	262 623	262 176	+ 0,2	- 3 052	+ 4 824	- 7 876

1 Einschließlich Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen.  
2 Revidierte Ergebnisse.

**Tabelle 2 Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts im 1. Halbjahr 2013**  
Kern- und Extrahaushalte

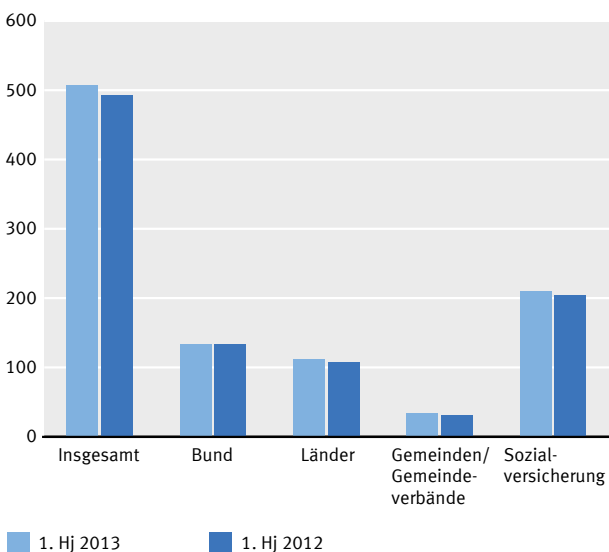
	Mill. EUR	Veränderung <sup>1</sup> gegenüber 1. Hj 2012 in %
Bereinigte Ausgaben .....	599 519	+ 3,6
darunter:		
Personalausgaben .....	120 144	+ 3,1
Laufender Sachaufwand .....	154 489	+ 3,8
Zinsausgaben .....	35 707	- 3,4
Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich <sup>2</sup> .....	267 570	+ 5,4
Soziale und ähnliche Leistungen .....	193 476	+ 2,7
Sachinvestitionen .....	15 139	- 4,7
Baumaßnahmen .....	10 735	- 6,9
Erwerb von Sachvermögen .....	4 404	+ 1,4
Darlehensgewährungen .....	4 216	- 14,5
Erwerb von Beteiligungen .....	7 392	+ 225,4
Bereinigte Einnahmen .....	580 139	+ 3,3
darunter:		
Steuern und steuerähnliche Abgaben .....	507 001	+ 3,1
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit .....	10 805	+ 10,0
Zinseinnahmen .....	8 549	- 16,3
Laufende Zuweisungen vom öffentlichen Bereich <sup>2</sup> .....	259 248	+ 5,7
Gebühren und ähnliche Entgelte .....	24 922	+ 3,1
Veräußerung von Vermögen .....	7 019	+ 61,1
Veräußerung von Sachvermögen .....	2 616	+ 4,7
Veräußerung von Beteiligungen .....	4 403	+ 137,0

1 Veränderung auf Basis revidierter Vorjahresergebnisse.  
2 Einschließlich Schuldendiensthilfen.

sen (-3,4%), für Sachinvestitionen (-4,7%) und für Darlehensgewährungen (-14,5%) rückläufig.

Mit einem Volumen von 507,0 Milliarden Euro sind die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben die wichtigste Einnahmenquelle des öffentlichen Gesamthaus-

**Schaubild 2 Steuern und steuerähnliche Abgaben des öffentlichen Gesamthaushalts nach Ebenen**  
Mrd. EUR



2012 revidierte Ergebnisse.

halts. Die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben stiegen im ersten Halbjahr 2013 gegenüber dem ersten Halbjahr 2012 um 3,1%. Während der Bund lediglich 0,7% mehr an Steuern einnahm, hatten die Länder mit einem Plus von 4,2% und die Gemeinden und Gemeindeverbände mit +5,3% deutlich höhere Zuwächse aus dieser Einnahmenquelle zu verzeichnen. Die zu den steuerähnlichen Abgaben zählenden Beitragseinnahmen der Sozialversicherung stiegen um 2,7% auf 209,4 Milliarden Euro. Darüber hinaus flossen den Kern- und Extrahaushalten des öffentlichen Gesamthaushalts Mehreinnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit (+10,0%), aus Gebühren und ähnlichen Entgelten (+3,1%) und aus Vermögensveräußerungen (+61,1%) – hier vor allem beim Bund – zu. Ein Minus von 16,3% war hingegen bei den Zinseinnahmen zu verzeichnen.

**Bund**

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich im ersten Halbjahr 2013 auf 173,8 Milliarden Euro (siehe Tabelle 3). Sie lagen damit um 1,2% über dem Ergebnis des ersten Halbjahres 2012.

**Tabelle 3 Ausgaben und Einnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2013**  
Kern- und Extrahaushalte

	Bund		Länder	
	Mill. EUR	Veränderung <sup>1</sup> gegenüber 1. Hj 2012 in %	Mill. EUR	Veränderung <sup>1</sup> gegenüber 1. Hj 2012 in %
Bereinigte Ausgaben .....	173 803	+ 1,2	161 355	+ 3,3
darunter:				
Personalausgaben .....	22 233	+ 3,7	63 973	+ 2,4
Laufender Sachaufwand .....	11 108	- 0,2	18 708	+ 5,3
Zinsausgaben .....	21 371	- 2,4	12 423	- 4,5
Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich <sup>2</sup> .....	94 049	+ 5,0	47 870	+ 10,1
Soziale und ähnliche Leistungen .....	14 022	+ 1,6	5 061	+ 1,0
Sachinvestitionen .....	2 502	- 4,8	3 737	- 14,7
Baumaßnahmen .....	2 083	- 3,7	2 321	- 18,9
Erwerb von Sachvermögen .....	418	- 10,3	1 416	- 6,8
Darlehensgewährungen .....	611	- 38,4	3 194	- 0,4
Erwerb von Beteiligungen .....	5 025	+ 1 515,8	1 418	+ 25,2
Bereinigte Einnahmen .....	158 225	+ 1,9	161 512	+ 5,2
darunter:				
Steuern und steuerähnliche Abgaben .....	134 110	+ 0,7	112 324	+ 4,2
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit .....	2 318	+ 13,2	3 674	+ 21,3
Zinseinnahmen .....	5 395	- 26,9	2 314	+ 29,2
Laufende Zuweisungen vom öffentlichen Bereich <sup>2</sup> .....	17 530	+ 76,5	36 998	+ 10,4
Gebühren und ähnliche Entgelte .....	5 914	+ 11,2	7 350	+ 3,4
Veräußerung von Vermögen .....	4 127	+ 224,2	649	- 29,3
Veräußerung von Sachvermögen .....	480	+ 42,0	255	- 18,3
Veräußerung von Beteiligungen .....	3 647	+ 290,0	394	- 35,0

1 Veränderung auf Basis revidierter Vorjahresergebnisse.  
2 Einschließlich Schuldendiensthilfen.

Der Anstieg der Ausgaben des Bundes insgesamt ist maßgeblich auf die kräftig gestiegenen Ausgaben für den Erwerb von Beteiligungen zurückzuführen, welche sich im ersten Halbjahr 2013 gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres um 4,7 Milliarden Euro auf 5,0 Milliarden Euro erhöhten. Wesentlicher Grund hierfür war, dass auf der Grundlage des in der zweiten Hälfte des Jahres 2012 in Kraft getretenen Vertrages zur Errichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) planmäßig eine weitere Rate in Höhe von 4,3 Milliarden Euro im Rahmen der deutschen Beteiligung am Grundkapital des ESM geleistet wurde.<sup>6</sup>

Im Wesentlichen bedingt durch die Zurückführung der zwischen den beiden Extrahaushalten FMS Wertmanagement AöR und Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) bestehenden Verlustausgleichsforderung<sup>7</sup> durch Zahlungen des SoFFin in Höhe von 7,3 Milliarden Euro stiegen die Ausgaben für laufende Zuweisungen des Bundes (einschließlich Schuldendiensthilfen) an den öffentlichen Bereich<sup>8</sup>. Diese Ausgabenposition hatte mit rund 54% den größten Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes im ersten Halbjahr 2013 und stieg gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 5,0% auf 94,0 Milliarden Euro.

Ein weiterer wichtiger Einflussfaktor für den Ausgabenanstieg beim Bund ist in der Anhebung des Bundesanteils für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung begründet, der im Zuge der schrittweisen Übernahme der Nettoausgaben<sup>9</sup> durch den Bund auf 75% im Jahr 2013 stieg. Beim Vorjahresvergleich ist zu berücksichtigen, dass diese Erstattungen vom Bund an die Länder im Jahr 2012 erst in der zweiten Jahreshälfte geleistet wurden. Dem gegenüber stehen der ab dem Jahr 2013 entfallene Zuschuss des Kernhaushalts an die Bundesagentur für Arbeit im Rahmen der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung (3,6 Milliarden Euro im ersten Halbjahr 2012) sowie die für das Jahr 2013 vorgesehene Absenkung des Bundeszuschusses an den Gesundheitsfonds zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben (-17,9% auf 5,7 Milliarden Euro im ersten Halbjahr 2013).

Im ersten Halbjahr 2013 konnte der Bund Einnahmen in Höhe von 158,2 Milliarden Euro erzielen. Die Einnahmen übertrafen das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums um 1,9%.

Deutlich stiegen im ersten Halbjahr 2013 die Einnahmen aus der Veräußerung von Vermögen. Diese beliefen sich auf 4,1 Milliarden Euro, das waren 2,9 Milliarden Euro mehr

als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Der Anstieg der hierunter fallenden Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen und dergleichen um 2,7 Milliarden Euro auf 3,7 Milliarden Euro war insbesondere auf den Verkauf von Aktien der Commerzbank AG zusammen mit der vollständigen Rückführung der Stillen Einlage des Bundes bei der Commerzbank AG im Zusammenhang mit den Stabilisierungsmaßnahmen durch den SoFFin in der ersten Jahreshälfte 2013 zurückzuführen. Zudem schlugen sich in dieser Einnahmenposition die Erlöse aus der Privatisierung der TLG IMMOBILIEN GmbH in Höhe von 0,8 Milliarden Euro nieder.

Mit rund 85% bilden die Einnahmen aus Steuern (einschließlich EU-Eigenmitteln) und steuerähnlichen Abgaben den größten Anteil an den Einnahmen des Bundes. Die Einnahmen aus Steuern (einschließlich EU-Eigenmitteln) und steuerähnlichen Abgaben verzeichneten im Berichtszeitraum einen Anstieg um 0,7% auf 134,1 Milliarden Euro. Die Einnahmen des Bundes aus dessen Anteil an den Gemeinschaftsteuern und der Gewerbesteuerumlage stiegen insgesamt um 3,9% auf 104,4 Milliarden Euro. In gesonderter Betrachtung erhöhten sich die Einnahmen aus dem Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer um 7,3% auf 50,3 Milliarden Euro. Die hierin enthaltenen Einnahmen aus der Lohnsteuer stiegen aufgrund des weiterhin hohen Beschäftigungsniveaus sowie von Tariflohnsteigerungen um 8,0% auf 30,3 Milliarden Euro. Die Einnahmen des Bundes aus dessen Anteil an der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge erhöhten sich um 5,1% auf 2,3 Milliarden Euro und die anteiligen Einnahmen aus der Gewerbesteuerumlage um 1,2% auf 0,4 Milliarden Euro. Die positive Entwicklung des inländischen Konsums spiegelt sich in einem Anstieg der Einnahmen aus dem Bundesanteil an der Umsatzsteuer um 0,7% auf 51,4 Milliarden Euro wider – trotz des Rückgangs der hierin enthaltenen Einfuhrumsatzsteuer um 9,8% auf 12,7 Milliarden Euro aufgrund stark gesunkener Einfuhrpreise für Rohstoffe aus Drittländern sowie gesunkenem Importvolumen. Die Einnahmen aus reinen Bundessteuern verzeichneten hingegen Mindereinnahmen um 0,7% auf 45,3 Milliarden Euro.

Wie in Tabelle 1 dargestellt, wies der Bund im ersten Halbjahr 2013 ein Finanzierungsdefizit als Differenz zwischen bereinigten Ausgaben und bereinigten Einnahmen in Höhe von 15,5 Milliarden Euro auf. Es lag um 0,9 Milliarden unter dem Defizit des vergleichbaren Vorjahreszeitraums (16,5 Milliarden Euro). Dem Finanzierungsdefizit des Kernhaushalts des Bundes von 18,4 Milliarden Euro stand ein Finanzierungsüberschuss der Extrahaushalte des Bundes von 2,9 Milliarden Euro gegenüber.

## Länder

Die Ausgaben der Länder summierten sich in der ersten Jahreshälfte 2013 auf 161,4 Milliarden Euro. Wie in Tabelle 3 dargestellt, übertrafen sie damit das Vorjahresergebnis um 3,3%. Die Ausgaben der Flächenländer stiegen um 4,3% auf 142,1 Milliarden Euro, die der Stadtstaaten sanken um 2,5% auf 21,1 Milliarden Euro.

Die Ausgaben für laufende Zuweisungen der Länder (einschließlich Schuldendiensthilfen) an den öffentlichen Be-

<sup>6</sup> Die Finanzierungsanteile der europäischen Mitgliedstaaten am ESM ergeben sich aus deren Anteil am Kapital der Europäischen Zentralbank (EZB). Der deutsche Anteil beträgt 27,15%, was 21,7 Milliarden Euro an einzuzahlendem Kapital entspricht. Eingezahlt wird der deutsche Kapitalanteil in fünf Raten, wobei die ersten beiden Raten bereits in der zweiten Jahreshälfte 2012 eingezahlt wurden (8,7 Milliarden Euro), zwei weitere folgen im Jahr 2013 und die Zahlung der letzten Rate ist für 2014 vorgesehen.

<sup>7</sup> Als hundertprozentiger Eigentümer der Abwicklungsanstalt FMS Wertmanagement ist der SoFFin bis zu deren Auflösung verpflichtet, sämtliche Verluste auszugleichen.

<sup>8</sup> Der Begriff „öffentlicher Bereich“, der im Zusammenhang mit der haushaltssystematischen Bereichsabgrenzung für den Zahlungsverkehr verwendet wird, ist nicht identisch mit dem öffentlichen Bereich im Sinne des Schalenkonzepts. Weitere methodische Hinweise siehe Fußnote 1.

<sup>9</sup> Nettoausgaben sind hier im Sinne von § 46a Absatz 2 Sozialgesetzbuch (SGB) XII die Bruttoausgaben der für die Ausführung des Gesetzes zuständigen Träger abzüglich der auf diese Geldleistungen entfallenden Einnahmen. Zu diesen Einnahmen gehören Aufwendungen, Kostenersatz und Ersatzansprüche nach Kapitel 13 SGB XII, soweit diese auf Geldleistungen nach diesem Kapitel entfallen, aus übergeleiteten Unterhaltsansprüchen sowie aus Erstattungen anderer Sozialleistungsträger.

reich hatten einen Anteil von rund 30% an den Gesamtausgaben der Länder und stiegen in der ersten Jahreshälfte 2013 um 10,1% auf 47,9 Milliarden Euro. Die hierunter fallenden allgemeinen Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände erhöhten sich um 7,1% auf 19,2 Milliarden Euro, unter anderem durch das im kommunalen Finanzausgleich umzuverteilende höhere Steueraufkommen der Länder. Die Zahlungen im Rahmen des Finanzausgleichs der Länder untereinander, mit deren Hilfe die sich aus der Steuerverteilung ergebenden Finanzkraftunterschiede zwischen den Ländern ausgeglichen werden sollen, stiegen gegenüber dem ersten Halbjahr 2012 um 7,0% auf 3,9 Milliarden Euro im ersten Halbjahr 2013.

Die Einnahmen der Länder beliefen sich im ersten Halbjahr 2013 auf 161,5 Milliarden Euro. Sie lagen damit um 5,2% über denen des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Die Einnahmen der Flächenländer stiegen um 5,2% auf 141,8 Milliarden Euro, die der Stadtstaaten um 4,5% auf 21,3 Milliarden Euro.

Insbesondere durch die bereits auf der Ausgabenseite des Bundes erläuterte schrittweise Übernahme der Nettoausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund stiegen die Einnahmen für laufende Zuweisungen der Länder (einschließlich Schuldendiensthilfen) vom öffentlichen Bereich um 10,4% auf 37,0 Milliarden Euro.

Ebenfalls zu dem Anstieg der Einnahmen der Länder insgesamt trug der kräftige Anstieg der Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben bei, deren Anteil an den Gesamteinnahmen sich im ersten Halbjahr 2013 auf rund 70% belief. Sie erhöhten sich in der ersten Jahreshälfte 2013 gegenüber dem ersten Halbjahr 2012 um 4,2% auf 112,3 Milliarden Euro, darunter die Einnahmen der Länder aus deren Anteil an den Gemeinschaftsteuern und der Gewerbesteuerumlage um 3,5% auf 100,4 Milliarden Euro. Bei den übrigen Steuerarten waren, mit Ausnahme der anteiligen Einnahmen an der Gewerbesteuerumlage, die mit 1,5 Milliarden Euro wieder das Niveau des Vorjahres erreichten, ebenfalls Einnahmenezuwächse zu verzeichnen. So nahmen etwa die Einnahmen der Länder aus deren Anteil an der Umsatzsteuer um 0,3% auf 43,3 Milliarden Euro zu und die anteiligen Einnahmen an der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge um 5,1% auf 2,3 Milliarden Euro. Die Einnahmen der Länder aus ihrem Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer nahmen um 6,3% auf 53,3 Milliarden Euro zu, die hierunter fallenden Einnahmen aus der Lohnsteuer stiegen um 6,9% auf 33,2 Milliarden Euro. Die Einnahmen aus reinen Landessteuern überschritten mit 7,7 Milliarden Euro im ersten Halbjahr 2013 die des vergleichbaren Vorjahreszeitraums um 11,9%. Die Einnahmen der Stadtstaaten aus Gemeindesteuern übertrafen mit 3,9 Milliarden Euro das Vorjahresergebnis um 11,0%.

Als Differenz zwischen bereinigten Ausgaben und bereinigten Einnahmen ergab sich für die Gesamtheit der Länder im ersten Halbjahr 2013 ein Finanzierungsüberschuss in Höhe von 0,2 Milliarden Euro. Im ersten Halbjahr 2012 hatten die Länder hingegen ein Finanzierungsdefizit von 2,7 Milliarden Euro aufgewiesen. Dem Finanzierungsdefizit der Kernhaushalte der Länder von 0,3 Milliarden Euro stand

ein Finanzierungsüberschuss der Extrahaushalte der Länder von 0,4 Milliarden Euro gegenüber. Das Finanzierungsdefizit der Flächenländer verringerte sich um 1,1 Milliarden Euro auf 0,3 Milliarden Euro. Während die Stadtstaaten im ersten Halbjahr 2012 ein Finanzierungsdefizit von 1,3 Milliarden Euro aufwiesen, konnten diese im ersten Halbjahr 2013 einen Finanzierungsüberschuss von 0,2 Milliarden Euro erzielen.

## Gemeinden und Gemeindeverbände

Die Gemeinden und Gemeindeverbände (ohne Stadtstaaten) verzeichneten bei den Kern- und Extrahaushalten im ersten Halbjahr 2013 ein Finanzierungsdefizit von insgesamt 0,9 Milliarden Euro (siehe Tabelle 1).<sup>10</sup> Dabei erwirtschafteten die Kernverwaltungen ein Defizit in Höhe von knapp 0,6 Milliarden Euro und die erfassten kaufmännisch buchenden Extrahaushalte eines von rund 0,4 Milliarden Euro. Den kommunalen Überschüssen in fünf Bundesländern in einer Höhe von insgesamt 1,5 Milliarden Euro standen dabei Defizite in acht Ländern von insgesamt knapp 2,5 Milliarden Euro gegenüber. Damit verringerte sich das Finanzierungsdefizit für alle Gemeinden und Gemeindeverbände (ohne Stadtstaaten) im ersten Halbjahr 2013 gegenüber dem Vorjahreshalbjahr um 2,2 Milliarden Euro.

Im ersten Halbjahr 2013 verbesserte sich somit im Vergleich zum ersten Halbjahr des Vorjahres die Finanzlage der Gemeinden und Gemeindeverbände trotz eines spürbaren

**Tabelle 4 Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden/ Gemeindeverbände im 1. Halbjahr 2013**  
Kern- und Extrahaushalte

	Mill. EUR	Veränderung gegenüber 1. Hj 2012 in %
Bereinigte Ausgaben .....	94 770	+ 3,5
darunter:		
Personalausgaben .....	25 206	+ 3,9
Laufender Sachaufwand .....	22 016	+ 2,4
Zinsausgaben .....	1 868	- 6,1
Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich <sup>1</sup> .....	24 189	+ 6,1
Soziale und ähnliche Leistungen ...	22 813	+ 5,3
Sachinvestitionen .....	8 419	+ 0,0
Baumaßnahmen .....	6 261	- 3,0
Erwerb von Sachvermögen .....	2 159	+ 9,7
Darlehensgewährungen .....	409	- 43,8
Erwerb von Beteiligungen .....	862	+ 16,3
Bereinigte Einnahmen .....	93 842	+ 6,2
darunter:		
Steuern und steuerähnliche Abgaben Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit .....	33 134	+ 5,3
Tätigkeit .....	4 708	+ 3,4
Zinseinnahmen .....	388	- 18,9
Laufende Zuweisungen vom öffentlichen Bereich <sup>1</sup> .....	53 163	+ 8,9
Gebühren und ähnliche Entgelte ....	10 903	- 1,3
Veräußerung von Vermögen .....	2 150	+ 2,6
Veräußerung von Sachvermögen ..	1 793	+ 0,5
Veräußerung von Beteiligungen ...	356	+ 14,6

1 Einschließlich Schuldendiensthilfen.

10 Kameral, doppisch oder kaufmännisch buchende Zweckverbände, die zu den Extrahaushalten zählen, werden in diese Statistik erst ab dem ersten Quartal 2014 einbezogen.

Anstiegs der Ausgaben um 3,5% (3,2 Milliarden Euro). Insgesamt beliefen sich die Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände im ersten Halbjahr 2013 auf 94,8 Milliarden Euro (siehe Tabelle 4).

Als bedeutendste Ausgabenposition haben die Personalausgaben einen Anteil von 26,6% an den bereinigten Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände; sie stiegen im ersten Halbjahr 2013 um 3,9% gegenüber dem Vorjahreshalbjahr auf 25,2 Milliarden Euro. Ein deutlicher Anstieg um 5,3% war bei den sozialen Leistungen zu verzeichnen, die mit einem Anteil von 24,1% an allen bereinigten Ausgaben die zweitgrößte Ausgabenart darstellen. Insgesamt wurden für die sozialen Leistungen 22,8 Milliarden Euro ausgegeben, das waren 1,1 Milliarden Euro mehr als im ersten Halbjahr 2012. Die Leistungen der Sozialhilfe an natürliche Personen in und außerhalb von Einrichtungen, die den größten Teil der sozialen Leistungen der Gemeinden und Gemeindeverbände verursachen, wuchsen im Vergleich zum ersten Halbjahr 2012 deutlich um 4,5% auf 11,6 Milliarden Euro an. Eine Ursache dafür war die steigende Anzahl von Personen, die Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen und Hilfen zur Pflege empfangen. In der Statistik über die Empfänger und Empfängerinnen von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII ist diese Tendenz bis zum Berichtsjahr 2011 nachgewiesen.<sup>11</sup> Im ersten Halbjahr 2013 wurden an natürliche Personen in Einrichtungen Leistungen der Sozialhilfe in Höhe von rund 8,0 Milliarden Euro gezahlt. Personen außerhalb von Einrichtungen erhielten rund 3,7 Milliarden Euro. Für Leistungen der Jugendhilfe in und außerhalb von Einrichtungen wurden insgesamt 3,8 Milliarden Euro ausgegeben. Hier fällt die gegensätzliche Entwicklung auf, bei der diese Leistungen in den Gemeinden und Gemeindeverbänden des früheren Bundesgebiets um 6,9% stiegen und in denen der neuen Länder um 1,3% zurückgingen.

Für die Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende, also für Unterkunft und Heizung, zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt und weitere kommunale Leistungen nach dem SGB II, wurden insgesamt 5,9 Milliarden Euro ausgegeben, das waren 3,7% mehr als im ersten Halbjahr 2012. Besonders stark wurde diese Entwicklung infolge der langen Heizperiode im Frühjahr 2013 durch die Kosten für Unterkunft und Heizung geprägt, die um 5,0% auf 5,6 Milliarden Euro angestiegen sind. Die Ausgleichsleistungen, die der Bund und die Länder zur Finanzierung der Leistungen nach dem SGB II an die Kommunen zahlten, nahmen dagegen nur leicht um 0,8% auf 2,8 Milliarden Euro zu.

Die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand erhöhten sich im ersten Halbjahr 2013 leicht um 2,4% auf 22,0 Milliarden Euro. Als weitere wichtige Ausgabenposition sind die Zinsausgaben zu nennen, die im Vergleich mit dem ersten Halbjahr 2012 sehr deutlich um 6,1% auf 1,9 Milliarden Euro zurückgingen, da die Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Refinanzierung von Krediten das gegenwärtig niedrige Zinsniveau nutzen konnten. Die Ausgaben für die Sachinvestitionen lagen unverändert bei 8,4 Milliar-

den Euro, wobei mit 6,3 Milliarden Euro etwas weniger für Baumaßnahmen ausgegeben wurde als im ersten Halbjahr 2012 (-3,0%).

Angesichts der Entwicklungen auf der Ausgabenseite war die Verbesserung des Finanzierungssaldos auf Einnahmesteigerungen zurückzuführen. Im ersten Halbjahr 2013 nahmen die Gemeinden und Gemeindeverbände mit 93,8 Milliarden Euro 6,2% mehr ein als im ersten Halbjahr 2012.

Die Zunahme der kommunalen Einnahmen war im ersten Halbjahr 2013 besonders stark durch die Steuern bestimmt, die den größten Teil der kommunalen Einnahmen ausmachen und auf 33,1 Milliarden Euro (+5,3%) stiegen. Einen noch stärkeren Anstieg um 7,3% auf 15,5 Milliarden Euro gab es bei den Schlüsselzuweisungen.

Die Einnahmen aus der wichtigsten kommunalen Steuer, der Gewerbesteuer (netto nach Abzug der Gewerbesteuerumlage), stiegen gegenüber dem ersten Halbjahr 2012 um 5,5% auf 18,7 Milliarden Euro. Etwas stärker erhöhte sich der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, und zwar um 6,2% auf 7,4 Milliarden Euro. Ein leichter Rückgang um 1,3% auf 10,9 Milliarden Euro bei den Einnahmen aus Verwaltungs- und Benutzungsgebühren war auf einen veränderten Berichtskreis zurückzuführen, da einzelne kommunale Fonds, Einrichtungen und Unternehmen nicht mehr die Kriterien der Extrahaushalte erfüllten und nicht mehr in diese Statistik einzubeziehen waren. Die Relevanz solcher unternehmensdemografischer Effekte wird gerade bei den Gebühren deutlich, da auf die verbliebenen Extrahaushalte ein Anteil von 23,5% der gesamten Gebühreneinnahmen entfiel.

## Sozialversicherung

Die Sozialversicherung umfasst die gesetzliche Kranken- und Unfallversicherung, die allgemeine und knappschaftliche Rentenversicherung, die soziale Pflegeversicherung, die Alterssicherung für Landwirte sowie die Bundesagentur für Arbeit.

Im ersten Halbjahr 2013 beliefen sich die Ausgaben der Sozialversicherung insgesamt auf 265,7 Milliarden Euro. Sie lagen damit um 3,2% über denen des ersten Halbjahres 2012. Wie aus Tabelle 5 ersichtlich ist, verzeichnete insbesondere die gesetzliche Krankenversicherung einen kräftigen Anstieg ihrer Ausgaben um 4,9% auf 97,8 Milliarden Euro. Dieser war im Wesentlichen auf die mit dem Wegfall der Praxisgebühr zum 1. Januar 2013 einhergehenden höheren Ausgaben zur Entlastung von Patientinnen und Patienten zurückzuführen.

Die Einnahmen der Sozialversicherung stiegen hingegen im ersten Halbjahr 2013 nur um 0,2% auf 262,6 Milliarden Euro und verharrten somit nahezu auf dem Niveau des vergleichbaren Vorjahreszeitraums. Grund dafür waren insbesondere die um 12,4% auf 15,8 Milliarden Euro gesunkenen Einnahmen der Bundesagentur für Arbeit, bedingt vor allem durch das Entfallen des Bundeszuschusses ab dem Jahr 2013, mit dem sich der Bund bisher an den Kosten der Arbeitsförderung beteiligt hatte, sowie die Abschaffung der

<sup>11</sup> Siehe Fachserie 13 „Sozialleistungen“, Reihe 2.3 „Empfänger und Empfängerinnen von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII 2011“.

**Tabelle 5 Ausgaben und Einnahmen der Sozialversicherung im 1. Halbjahr 2013**

Kern- und Extrahaushalte

	Bereinigte Ausgaben		Bereinigte Einnahmen	
	Mill. EUR	Veränderung <sup>1</sup> gegenüber 1. Hj 2012 in %	Mill. EUR	Veränderung <sup>1</sup> gegenüber 1. Hj 2012 in %
Sozialversicherung insgesamt . . . . .	265 653	+ 3,2	262 623	+ 0,2
darunter:				
Allgemeine Rentenversicherung . . . . .	128 406	+ 2,1	126 974	+ 0,2
Gesetzliche Krankenversicherung . . . . .	97 756	+ 4,9	96 830	+ 1,5
Bundesagentur für Arbeit . . . . .	16 855	+ 3,6	15 817	- 12,4
Soziale Pflegeversicherung . . . . .	11 952	+ 5,3	12 137	+ 8,3

1 Veränderung auf Basis revidierter Vorjahresergebnisse.

Praxisgebühr ab dem 1. Januar 2013. Der Bundeszuschuss hatte im ersten Halbjahr 2012 noch 3,6 Milliarden Euro betragen. Darüber hinaus sorgte vor allem die für das Jahr 2013 beschlossene Absenkung des Bundeszuschusses an den Gesundheitsfonds für einen nur leichten Anstieg der Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung um 1,5 % auf 96,8 Milliarden Euro.

Für die Sozialversicherung insgesamt errechnet sich als Differenz zwischen bereinigten Ausgaben und bereinigten Einnahmen für das erste Halbjahr 2013 ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 3,1 Milliarden Euro, nach einem Überschuss im ersten Halbjahr 2012 von 4,8 Milliarden Euro. [u](#)

## Auszug aus Wirtschaft und Statistik

### Herausgeber

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

[www.destatis.de](http://www.destatis.de)

### Schriftleitung

Dieter Sarreither,  
Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes

Redaktion: Ellen Römer  
Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 23 41

### Ihr Kontakt zu uns

[www.destatis.de/kontakt](http://www.destatis.de/kontakt)

### Statistischer Informationsservice

Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 24 05

### Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

### Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	=	Angabe fällt später an
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.